

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wagem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abg. Legeb. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabott nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konfuzien hinfällig wird. Erstausgabe: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. **Kunzigenpreis:** Die einseitige Zeile oder deren Raum 18 Hg., die Restzeile 45 Hg. **Bezugspreis:** Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Hg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 39 | Altensteig, Mittwoch den 17. Februar 1932 | 55. Jahrgang

Das Kabinett Laval gestürzt

Paris, 16. Febr. Das Kabinett Laval ist gestürzt. Das Ministerium ist bei der Frage, wann die Interpellation des Senators Peyronnet zur Verhandlung gelangen soll, mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Paris, 16. Febr. Die Frage der Wahlreform sowie die innenpolitische Einstellung des Ministeriums Laval sollte auf Interpellation Senats Peyronnet, einem gemäßigten Radikalen, erörtert werden. Es scheint, daß Ministerpräsident Laval die Gefahr einer solchen Diskussion erkannt hat und sie vertagt wissen wollte, bis die deutschen Vorschläge in der Abrüstungskonferenz von Genf eingebracht worden wären. Hierdurch hoffte er Gelegenheit zu finden, die Diskussion zu verlagern: sie vom innen- auf das außenpolitische Gebiet abzuwenden und jenes Lieblings-thema zu schaffen, das ja leider in dem letzten Jahrzehnt bei der Mentalität, die augenblicklich in Frankreich herrscht, stets verlagert.

Die Senatoren haben sich auf diesen Vorschlag nicht eingelassen, da sie die Gefahren, die das Wahlsystem in der Kammer in sich schloß, erkannt haben und da sie offenbar eine starke Realisierung wünschen, während sie Laval's Kabinett als die Gefangenen der Mehrheit der Kammer betrachteten.

Der Rücktritt angenommen

Paris, 16. Febr. Das Kabinett hat auf Grund seiner Niederlage in der Kammer seine Demission gegeben und sie heute Abend dem Präsidenten Doumer überreicht. Der Präsident hat den Rücktritt des Kabinetts angenommen und am Spätabend noch die Besprechungen zur Neubildung der Regierung mit dem üblichen Empfang der Präsidenten, des Senats und der Kammer aufgenommen.

Eine Regierung der Konzentration in Frankreich? Paris, 16. Februar. Im Senat hatte man den Eindruck, daß viele Senatoren, die gegen die Regierung gestimmt haben, dies weniger aus rein innenpolitischen Erwägungen getan haben, als deshalb, weil sie noch einmal versuchen wollten, eine Regierung weitestgehender Konzentration zu bilden.

Auch in der Kammer vertrat man, nach Duvaux, die Ansicht, daß der Senat durch seine Stimmabgabe den Wunsch habe bekunden wollen, eine Annäherung zwischen den verschiedenen republikanischen Kammerfraktionen zu ermöglichen. Die Abgeordneten der bisherigen Mehrheitsparteien sollen nicht abgeneigt sein, sich an einer weitestgehenden Konzentration zu beteiligen. Gewisse Mitglieder der Minderheitsfraktionen erklärten sich grundsätzlich zur Bildung einer Konzentrationsregierung bereit, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die radikale Fraktion daran teilnehmen müsse.

Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben aber eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf auf dem Spiele ständen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Der Völkerbund appelliert an Japan

Noch kein Zusammenritt der Völkerbundversammlung Genf, 16. Febr. Entgegen den allgemeinen Erwartungen ist es nicht zu der von China geforderten Einberufung der Völkerbundversammlung gekommen. Statt dessen hat der Völkerbund, der ohne die Vertreter der Parteien heute vormittag beschloß, angesichts der neuesten Nachrichten aus Schanghai einen Appell direkt an die japanische Regierung zu richten und sie aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, damit die äusserst bedrohliche Lage in Schanghai sich nicht weiter verschärft.

Dieser Appell, zu dessen abschließender Formulierung die Ratsmächte heute nachmittags nochmals zusammentraten, bedeutet, daß der Völkerbund diesmal an der Fiktion der beiderseitigen gleichmäÙigen Verantwortung der Konfliktparteien nicht teilhålt, sondern zum ersten Male sich allein an Japan wendet. Der Ratspräsident wird den Völkern in Genf zu höher ohne vorherige Abstimmung eine Erklärung abgeben lassen.

Die Initiative zu dem neuen Schritt scheint auf England und Amerika zurückzuführen, deren vor 14 Tagen mit Unterstützung des Völkerbundes unternommene Aktion zu keiner Entspannung geführt hat.

Dreimächte-Schritt in Tokio

Paris, 16. Februar. Der französische Botschafter in Tokio ist angewiesen worden, an dem Schritt der Vereinigten Staaten und Englands teilzunehmen, durch den die japanische Regierung an die Note erinnert werden soll, das Statut der internationalen Konzeßion von Schanghai zu respektieren.

Sahn-Ausschuß bei Hindenburg

Der Reichspräsident vollzieht die Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburgs

Berlin, 16. Febr. Um 11.30 Uhr wurde eine Abordnung des Hindenburg-Ausschusses vom Reichspräsidenten empfangen, die aus den Herren Oberbürgermeister Dr. Sahn, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, für den bayerischen Landesauschuß Erzengel von Winterstein und Oberst von Seiber, für den württembergischen Landesauschuß Dr. Robert Bock und General von Meur, für den sächsischen Landesauschuß Reichsminister a. D. Dr. Kütz bestand.

Oberbürgermeister Dr. Sahn hat den Reichspräsidenten in einer Anrede, seine Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg zu legen. Der Reichspräsident dankte in einer kurzen Ansprache und vollzog die Unterschrift.

Hindenburgs Ansprache

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Sahn erwiderte der Herr Reichspräsident wie folgt:

„Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlich für die an mich gerichteten freundlichen Worte. Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bekundet habe, bin ich bereit, eine einmalige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht.“

Sie, meine Herren, stehen hier vor mir nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedensten Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessengruppe, sondern von zusammenfassenden Ausschüssen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert.

Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die

Reichspräsidentenwahl gesetzt wird, und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: dem Vaterlande!“

Hieran schloß sich eine persönliche Unterhaltung mit den einzelnen Herren.

Danktelegramm des bayerischen Heimatschutzes an Hindenburg

München, 16. Februar. Der bayerische Heimatschutz hat anlässlich der Bereiterklärung Hindenburgs zur Wiederannahme der Reichspräsidentenandidatur folgendes Telegramm an Hindenburg abgeandt: „Dem Reichspräsidenten Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem Vater des Vaterlandes aufrichtigsten Dank des bayerischen Heimatschutzes. Gez. Eiserich.“

Ein Aufruf Hitlers zur Reichspräsidentenwahl

München, 16. Febr. Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ nachstehenden Aufruf: „Als letzten Versuch, das unheilvolle Weimarer System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im Programm und in den Notverordnungen antraben, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen: Die nationalsozialistische Bewegung muß gegen ihren Kampf gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe verbrauchen zu lassen.“

Oesterreich fordert Erweiterung seines wirtschaftlichen Raumes

Wien, 16. Febr. Bundeskanzler Dr. Buresch hat die Gesandten Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens und anschließend daran die diplomatischen Vertreter der übrigen Staaten empfangen und ihnen in einer längeren Regierungserklärung mitgeteilt, daß Oesterreich unbedingt einer Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraumes bedarf. Die österreichische Regierung erklärt deshalb, daß sie mit allen Nachbarstaaten und mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten wünsche. Der Bundeskanzler ersuchte die Gesandten, ihren Regierungen davon Kenntnis zu geben und sie zu bitten, die Bestrebungen der österreichischen Bundesregierung weitestgehend zu fördern.

Schrumpfung ist Untergang, nicht Rettung

Die deutsche Not hat ständig zugenommen: die Zahl der Arbeitslosen wächst unaußhörlich; Löhne und Gehälter werden immer kleiner; immer mehr Geschäfte und Fabriken müssen ihre Tore schließen. Das ist wie ein Zirkelschloß: ein Unglück trägt die Keime eines neuen in sich; jede einschränkende Maßnahme führt zu neuen Schrumpfungen und Einschränkungen. Nach diesem Rezept haben wir die deutsche Not zu bannen versucht: trotz aller Einschränkungen und Entbehrungen, trotz aller Abstriche und Kürzungen ist das Elend nicht kleiner geworden, sondern größer. Die Folgen der letzten Notverordnungen melden sich in den zurückgehenden Steuereingängen drohend an. In Millionen der auf den Ertrag ihrer Hände Arbeit Angewiesenen kommt immer wieder die bange Frage: wie soll das nächstmal die Kassenkette überwunden werden? Es ist unmöglich, weiter auf das bisherige Mittel zurückzugreifen, die Löhne und Gehälter zu senken — es gibt auch da einen Stand, unter den es nichts mehr zu senken gibt, einen Lebensbedarf, der nicht mehr zu verkleinern geht. Das deutsche Volk hat wahrlich seinen Leibgürt immer enger und enger schnallen müssen. Und am schwersten treffen die Einsparungen im öffentlichen wie im privaten Haushalt unsere Kinder: wir haben einmal die fürchterliche Zeit erlebt, daß unsere Kinder während der Hungerblende des Krieges körperlich und auch geistig

und geistig schwersten Schäden gelitten haben. Wir sind jetzt nahe daran, unseren Nachwuchs wiederum an Leib und Seele durch Verkümmern des Lebensraumes zu schädigen. Gerade um der deutschen Jugend willen muß es ein Ende haben mit der Schrumpfung, die die tägliche Existenz immer kleiner und schwächer macht, die aber auch das Arbeitsfeld des Volkes immer mehr verkleinert und einengt. Das Steuer muß auf die andere Seite gelegt werden: Aufbau statt Abbau, Arbeitsbeschaffung statt Schrumpfung.

Das gilt gerade auch für Schule und Erziehung. Unendliche Scharen jugendlicher Menschen stehen nicht im Arbeitsprozeß des Volkes; sie entbehren der Erziehung durch planmäßige Arbeit — es ist unerträglich, daß diesen Menschen auch die andere Ausbildungsstätte, die ländliche Fortbildungsschule, geschlossen wird und sie nun auf der Straße herumlungern. In Oßern verlassen viele Tausende deutscher Kinder die Volksschule — wohin geht ihr Weg? Wäre es nicht ein Akt der Selbsterhaltung, daß wir alle, die keine Arbeitsstelle finden können, in der Schule behalten, zumal große Scharen von Lehrern zur Verfügung stehen! Die ständige Not der Jugendlichen hat ständig zugenommen: müßten da nicht alle Stätten der Jugendpflege, der Jugendfürsorge doppelte Arbeit leisten — wie kann auch hier der Schrumpfungsprozess Heilung und Besserung bringen! Aus der Jugend wird der Ruf nach Arbeit lauter und lauter; es muß zur Tat werden, daß wir die jungen Menschen, die freiwilligen Arbeitsdienst leisten wollen, zu solcher Arbeit vereinen.

Es bleibt dabei: die Methode der Schrumpfung hat keine Hilfe gebracht; sie hat das Unheil verschlimmert! Es muß der andere Prozeß der Arbeitsbeschaffung einziehen.

69 Millionen Kilo Liebesgaben

Bericht der Deutschen Eins der freien Wohlfahrtsvereine

Berlin, 15. Febr. Der Generalsekretär der freien Wohlfahrtsvereine, Regierungsrat a. D. Dr. Böhringer, berichtet über den Stand des Winterhilfswerkes 1931 bis 1932. Der Redner wies darauf hin, daß seit dem Beginn des Winterhilfswerkes 69 Millionen Kilogramm Liebesgaben kraftfrei auf der Reichsbahn befördert wurden und daß somit die Reichsbahn auf rund 500 000 Mark Frachtabgaben verzichtet habe. Wenn man die gesamte Masse Liebesgaben in einem Güterzug verladen würde, würde man eine Zuglänge von 51 Kilometern erhalten. Der Wert der Gaben ist nach vorsichtiger Schätzung unter Zuzurechnung der Großhandelspreise am Verbrauchsort auf etwa drei Millionen Mark zu beziffern.

Diesen Zahlen sind aber noch die Erträge aller kleiner Sammlungen zuzuzählen, die in den verschiedenen Bezirken und Städten gesammelt und an Ort und Stelle verbraucht wurden. Der Reiner Gewinn in seinen weiteren Ausläufern besonders auf die Sammelleute der deutschen Lederindustrie in Höhe von 3000 Tannern Verbrauchsmaterial und auf die Hilfsarbeit für die deutschen Rot- und Elendgebiete, für die in den letzten Tagen erst 60 000 Mark aus Soenden, die vom Deutschtum im Ausland aufgebracht wurden, frei gemacht worden seien.

Er betonte zum Schluss, daß die bisherigen Ergebnisse, so sehr sie auch von einem ungebrochenen Winterwetter nicht ausreichten, um die Millionen von Hilfsbedürftigen über das letzte und schwerste Drittel dieses Winters zu bringen. Es gälte noch einmal alle Kräfte zusammenzufassen, um die schlimmste Not zu lindern.

Die Abrüstungskonferenz

Genf, 16. Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz sprach Präsident Brandt den Wunsch aus, daß alle Delegationen ihre Vorschläge bis zum Freitag einreichen. Zur Abrüstungskonferenz erklärte der frühere österreichische Außenminister Borch, Anzelmien unterhalte für sein großes Gebiet eine so kleine Armee, wie sie selbst zur Erfüllung politischer Pflichten nicht ausreichte. Die Heeresausgaben beliefen sich nur auf 6 Prozent des gesamten Haushaltes. Borch schlug den Abschluß eines Abkommens der an den Verträgen von Washington und London nicht beteiligten Staaten vor und sprach sich für die Errichtung einer künftigen Rüstungskontrolle und für die Definition des Begriffs „Kriegsunterstützung“ aus.

Der deutsche Delegierte Hans Kohn, trat warm für die französischen Vorschläge ein.

Der schwizerische Bundespräsident Motta, der gegen die Abstimmung des schweizerischen Komittees anzukämpfen versuchte und zwischen den in der bisherigen Debatte zum Ausdruck gekommenen Gegenständen zu vermitteln bemüht war, nannte die französischen Vorschläge als ein logisches Ganzes, dessen Grundgedanken jedoch der Zeit voraussetzten. Motta schloß den allgemeinen Teil seiner Ausführungen mit der Ausrufung einer deutsch-französischen Annäherung und entwickelte dann die traditionelle Neutralitätspolitik der Schweiz. Durch ihre Lage sei die Schweiz besonders an der Beschränkung der Militärkraft interessiert, die aber nur durch eine Kontrolle der Luftkraft wirksam werden könne. Im übrigen gebe die Schweiz von dem Konventionenentwurf als Diskussionsgrundlage an.

Der japanische Außenminister Marimowitsch trat vorbehaltlos für die französischen Abrüstungsvorschläge ein und unterstrich besonders die französische Idee, daß eine über die Herstellung oder Abschaffung bestimmter Kriegswaffen hinausgehende allgemeine Verminderung der Rüstungen erst dann eintreten könne, wenn die politischen Friedensbedingungen im Sinne des französischen Memorandums ausgehandelt würden.

Als letzter Redner sprach der Delegierte Neuseelands, Sir Thomas Millard, der sich gegen die französischen Vorschläge wandte, die bestenfalls nur eine Wiederbelebung des Genfer Protokolls bedeuten und eine rein innerstaatliche Angelegenheit seien. Er schloß damit, daß Abrüstung zwar Sicherheit bedeute, daß aber Sicherheit nicht notwendigerweise die Abrüstung zur Folge hätte.

Neues vom Tage

Neustadt, 16. Febr. Der nationalsozialistische Abgeordnete...

Genf, 16. Febr. Der nationalsozialistische belgische Landtagsabgeordnete Battler aus Eberstadt wurde amends, als er sich auf dem Wege zu einer Sitzung seiner Fraktion befand, in der Eberstadt von unbekannten Tätern auf offener Straße in den Rücken geschossen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Abg. Battler ist im letzten halben Jahr dreimal von politischen Geiseln überfallen und verletzt worden.

Zweiter Staatspräsident Piccard?

Annaberg, 16. Febr. Ingenieur Ripper, der Professor Piccard bei seinem ersten Staatspräsidenten besuchte, ist aus Annaberg hier einetroffen, um auf dem feinerzeitigen Startplatz bei der Ballonfahrt eine Reihe von Kontrollmessungen durchzuführen. Er bestätigte erneut, daß Professor Piccard mit größter Bedachtsamkeit den Gedanken, von Annaberg aus einen zweiten Staatspräsidenten zu organisieren, den der belgische Piloter Colmano ausführen soll.

Veröffentlichung der deutschen Abrüstungsvorschläge erst am Donnerstag

Genf, 16. Febr. Nachträglich wird mitgeteilt, daß die deutschen Vorschläge für die Abrüstungskonferenz erst am Donnerstag veröffentlicht werden, da eine Uebersicht über die auf der Rednerliste eingetragenen Delegierten ergehen habe, daß der deutsche Delegationsleiter Koblitz voranschicklich erst am Donnerstag an die Reihe der Redner auf der Abrüstungskonferenz kommen werde.

Kodakjungen im Landtag

Darmstadt, 16. Febr. In der heutigen Sitzung des belgischen Landtags kam es zu vier noch nie erlebten Tumulten, als der Führer der Nationalsozialisten in der Sache des Verleuten, des NS. Battler eine scharfe Erklärung abgab. Es gab große Äußerungen. Nach der Erklärung des Staatspräsidenten Adolens, daß die Regierung ohne Ansehen der Partei einträte, drohte es zu Tätlichkeiten zu kommen. Baldort verließen die Nationalsozialisten Verhandlungen.

Schwammkatastrophe im Donaudelta — 400 Personen in Krankenhäuser gebracht

Budapest, 16. Februar. Wie „Az Est“ aus Jmael meldet, hat sich im Donaudelta eine gewaltige Naturkatastrophe zugetragen. Infolge einer Wasserstauung auf dem Donauabschnitt bei Braila ist eine gewaltige Flutwelle, vermehrt mit Eischollen, auf die niedrig gelegene Gemeinde Balcoo niedergelassen. Das Unglück geschah zur Nachtzeit, jedoch die Bevölkerung nur notdürftig befreit. Die Behausung verlassen und auf benachbarten Anhöhen bei 3 Grad Kälte Zuflucht suchen mußte. Mehr als 400 Personen sollen mit schweren Frostschäden in die Krankenhäuser eingeliefert worden sein.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 17. Februar 1932

Was kosten Fenster Scheiben und Spiegel in Reichsbahnwagen?

Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft hat für das Zerbrechen und Beschädigen der Fenster Scheiben und Spiegel von Personenzugwagen neue Entschädigungssätze festgesetzt. Es kosten in Metallrahmen gefaßte und rahmenlose, herabklappbare Fenster in den Seitenwänden der D-Zug- u. Durchgangswagen 12 RM., Fenster in und neben den Abteiltischbetütern der D-Zugwagen, Fenster in den Stirnwandtüren der D-Zug- und vierachsigen Durchgangswagen und Fenster in den Vorraumstiebtüren der vierachsigen Durchgangswagen 8 RM., alle anderen in den Außen- und Zwischwandbetütern angebrachten Fenster 5 RM., edige Spiegel 8 RM. und wolle Spiegel 4,50 RM.

Starke Zunahme der Zahl der Rechtsanwälte. Nach einer Befragung des Würt. Justizministeriums betrug am 2. Januar 1932 die Gesamtzahl der bei den württembergischen Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte 571, so daß sich gegenüber dem Stand vom 2. Januar 1931 mit 520 eine Zunahme von 51 ergibt. Im einzelnen waren zugelassen bei dem Oberamtsgericht Stuttgart 46 Rechtsanwälte, beim Landgericht Stuttgart 265, beim Landgericht Heilbronn 54, beim Landgericht Tübingen 37, beim Landgericht Rottweil 30, beim Landgericht Ellwangen 31, beim Landgericht Ulm 61 und beim Landgericht Ravensburg 37 Rechtsanwälte. Nur bei Amtsgerichten waren 3 und beim Amtsgericht Balingen und zugleich bei dem Landgericht Hechingen 6 Rechtsanwälte zugelassen.

Rottenburg, 15. Februar. (Kalt es Bad.) Am Samstag mußten einige junge Leute, die auf dem zugefrorenen Neckar sich tummelten, ein unfreiwilliges Bad nehmen. Glücklicherweise erlitten ein hundertstimmiges Fallo, die Eisdecke hatte nachgegeben und einige in nasse Elemente abgelenken lassen. Völlig durchnäßt eilten sie heimwärts.

Unterjesingen, 15. Februar. Heute abend gegen halb 8 Uhr erscholl Feueralarm. Die Scheuer des Bauern Karl Thurer war in Brand geraten. Ganz überraschend schlugen die Feuerherden zum Dach hinaus, während die Familie des Besitzers und einige Kameraden seines Sohnes ahnungslos in der Stube saßen. Die Scheuer war nicht zu retten. Dagegen konnte das Vieh aus dem in der Scheuer eingebauten Stalle in Sicherheit gebracht werden.

Tübingen, 15. Februar. (Vergehen gegen das Impfgesetz.) Ein Arzt aus Wehingen war beschuldigt, zur Impfung eines Kindes ein veraltetes Serum verwendet und nachher ein falsches Zeugnis ausgestellt zu haben, indem er bezeugte, daß die Impfung erfolgreich gewesen sei, obgleich dies nicht der Fall war. Während ihm der erste Punkt nicht nachgewiesen werden konnte, galt der zweite Punkt als erwiesen. Der Angeklagte wurde wegen Ausstellung eines falschen Impfzeichens anstelle von einem Monat Gefängnis zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Tübingen, 15. Februar. (Landtagsabg. Henne legt den Vorsitz im Tübinger Gewerbeverein nieder.) In der Hauptversammlung des Gewerbevereins erklärte Landtagsabg. Flachsenobermeister Henne seinen Rücktritt als Vorstand und zwar aus gesundheitlichen Rücksichten. Für seine aufopfernde Tätigkeit wurde er durch einstimmigen Beschluß zum Ehrenvorsitz ernannt.

Neulingen, 15. Febr. (Betriebsunfall.) Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Donnerstag in der Lederfabrik J. J. Schaner durch einen Dampfrohrbruch. Zwei Arbeiter erlitten dabei zum Teil sehr schwere Verletzungen durch Berührung mit lothender Lauge.

Stuttgart, 16. Februar. (Beschlagnahme des R.S.-Kuriers.) Die Kammer 18 (Nachausgabe) des R.S.-Kuriers vom 16. Februar 1932 wurde auf Grund der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen polizeilich beschlagnahmt.

Edingen, 16. Febr. (Brand bei Kadep.) Heute nacht brach in dem Einheitspreisgeschäft Kadep hier Feuer aus, wodurch neben beträchtlichem Gebäudeschaden auch größerer Sachschaden entstanden ist.

Weißach AD. Baihingen, 16. Febr. (Aus China zurück.) Von den vor zwei Jahren von chinesischen Banden geraubten Riff tonaren Walter, Fische und Ripper ist nunmehr auch unser Landsmann Ripper wieder in die Heimat zurückgeführt.

Jagenhausen AD. Stuttgart, 16. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Christian Haler, Veteran von 1866 und 1870, und seine Ehefrau Christiane geb. Steigener, konnten im Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel das Fest der diamantenen Hochzeit feiern.

Ehlingen, 16. Febr. (Kein Verbrechen.) Den Bemühungen des städtischen Bademeisters des Neckarfreibades ist es gelungen, die Leiche des am Freitag im Neckar beim Wasserhaus Ertrunkenen zu bergen. Bei dem Ertrunkenen handelt es sich um einen 29 Jahre alten, verheirateten Mann aus Ehlingen. Es handelt sich aber mit großer Wahrscheinlichkeit um einen Selbstmord.

Ehlingen, 16. Febr. (Der Dieb auf dem Dache.) Heute nacht beobachteten zwei Polizeibeamte auf ihrem Dienstgang durch die Kehlerstraße, wie ein Mann über das Dach des Plattengeschäfts Rief stieg. Da sie in ihm einen Dieb vermuteten, schlichen sich die Beamten vorsichtig an ihn heran, und konnten ihn auch in dem Augenblick, als er das Anwesen verlassen wollte, festnehmen. Der Täter, eine polizeibekannt Person, hatte eine Schreibmaschine entwendet, die er in einem Sack verpackt hatte.

Reislingen AD. Ehlingen, 16. Febr. (Eisport mit trübem Ende.) Der vergangene schöne Sonntag lockte viele zum Eisport auf den Neckar, wo ein tödliches Verbrechen herrschte. Auf einmal hieß es, ein Kind ist ertrunken. Nach vieler Mühe gelang es endlich dem eigenen Vater, es unter einer Eischolle vorzuziehen. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Die Ertrunkene ist die 6 Jahre alte Tochter des Wilhelm Fischer von hier.

Hechingen, 16. Febr. (Ausgehoben.) Der Unterjuchungsgefängene Anton Pennerer, der kurz vor Weihnachten hier in fünf Häuser eingebracht hatte, ist in der Nacht zum Sonntag aus dem Gefängnis ausgebrochen und entkommen.

Bogt OA. Ravensburg, 16. Febr. (Brand.) Sonntag früh brannte im nahen Stoden hiesiger Gemeinde das freistehende Delonomiegebäude der Witwe Burkhardt vollständig nieder. Außer dem Viehbestand konnte an Inventar nicht mehr gerettet werden. Als Brandursache wird Brandstiftung angenommen.

Schloßberg OA. Keresheim, 16. Febr. (Berühmte.) Seit Sonntag wird der 9 Jahre alte Sohn des Kaufmanns Anton Stahl vermisst. Er war mit Schlittschuhen auf der Eisbahn und hat sich gegen 4 1/2 Uhr von seinen Kameraden entfernt. Vermutlich ist der Knabe bei dem Staumwehr in der Nähe der Wassmühle eingebrochen.

Niederstotzingen OA. Ulm, 16. Febr. (Das Geld im Feuer.) Ein herbes Mißgeschick widerfuhr einer hiesigen Familie. Die Frau legte den Geldsack in den Ofen im Betrag von 200 RM. in einem Briefumschlag auf den Tisch. Ein anderes Familienglied, das von dem Inhalt keine Ahnung hatte, warf den Briefumschlag ins Feuer. Als die Frau das Zimmer wieder betrat, bemerkte sie sofort das Fehlen des Geldes und konnte aber nur noch die verrosteten Ueberreste im Feuer betrachten. Da das Geld zum Kauf einer neuen Kuh bestimmt war, ist die Familie dadurch in eine Notlage veretzt worden.

Heidenheim, 16. Febr. (Tragischer Tod.) Der Hausmeister der Mädchenrealschule, Fritz Lombacher, war in der Heizung beschäftigt. Als seine Frau längere Zeit nichts von ihm hörte, sah sie nach ihm und fand ihn bewußtlos vor. Die Bemühungen mit dem Sauerstoffapparat der Feuerwehr waren erfolglos und der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Ulm, 16. Febr. (Ein Kind verdrückt.) In der Weinstadt wollte eine Mutter ihr noch nicht 2 Jahre altes Kind in der Wanne baden. Während sie in der Küche kaltes Wasser holen wollte, fiel das auf dem Tisch stehende Kind in die mit heißem Wasser gefüllte Badewanne und verdrückte sich daran, daß es nach einigen Stunden starb.

Friedrichshafen, 16. Febr. (Scharje Kontrolle der Auslandsreisenden.) Seit Samstag abend ist im Verkehr von Deutschland nach der Schweiz wiederum wie zur Zeit des Krieges eine Auspasskontrollen aller Reisenden eingeführt worden. Die Schiffe nach der Schweiz dürfen ohne vorherige Paß- und Zollkontrolle deutscherseits nicht mehr betreten werden. Die Kontrolle wird sehr scharf gehandhabt und bezieht sich in erster Linie auf Devisen.

Bom bayerischen Allgäu, 16. Febr. (Lebendig verbrannt.) Die 38 Jahre alte Wachszieherwitwe Maria Albert in Memmingen, die seit dem Tode ihres Mannes das Wachswarengeschäft weiterführt, hatte am Samstag mittag einen Eimer mit eingeseiornem Bodenwachs auf den Küchenherd gestellt, um so das Wachs aufzuwärmen. Infolge der großen Hitze fing das mit Terpentin usw. durchsetzte Wachs plötzlich Feuer. Die Frau wollte das brennende Bodenwachs ins Freie tragen, dabei schlugen die Flammen gegen die Kleider der Frau, die gleich einer Feuerfäule auf die Straße rannte. Die Bedauernswerke erlag noch am Abend im Krankenhaus den schweren Brandverletzungen.

Württembergischer Landtag

Eine politische Aussprache

Stuttgart, 16. Febr. In der heutigen Landtagssitzung waren die Tribünen voll besetzt, denn man erwartete eine große politische Aussprache im Anschluß an eine so. Anfrage über die politische Polizei und die Beschlagnahme der Schwäbischen Tagwacht. Mit zur Beratung standen kommunizistische Anträge betr. Versammlungs- und Pressefreiheit. Der Abg. Reil (S.) begründete in mehrstündiger Rede die Große Anfrage einer Partei und kritisierte scharf die Beschlagnahme der Schwäbischen Tagwacht am 4. Januar. Die Beschlagnahme war erfolgt, weil das Wort des Verbalten des Reichsgerichts im Fall Dr. Best eine lächerliche Komödie genannt hatte. Die Praxis der politischen Polizei sei geradezu schickwidrig, ihr sah gegen links und ihre Sommarbe nach rechts gerichtsnotorisch. Die Beschlagnahme sei ein scholler Akt, sie sei unterdrückten von Kennerinnen und Zindel, einem jungen Beamten, dem es an der notwendigen Lebensversicherung fehle und der aus persönlicher Laune sein Mütchen an der Sozialdemokratie lählen wolle. Als sich der Redner darüber beschwerte, daß Kennerinnen und Zindel hinter den Kulissen lache, erklärte Präsident Blücher, die anwesenden Beamten müßten sich so benehmen, wie dies vor Mitalliebrern des Landtags erwartet werde.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verlangte der Abg. Reil, daß die Beamten innerlich mit dem republikanischen Staat verbunden seien. Der Staatspräsident solle die Bügel streifen anziehen, die politische Polizei zur Ordnung rufen. Nachdem dann der Abg. Henmann über die Ausschüßberatungen Bericht erstattet hatte, beantragte der Abg. Schneck die kommunizistischen Anträge und wandte sich scharf gegen die Willkür der Polizei.

Staatspräsident Dr. Goltz führte in der Antwortung der so. Anfrage aus, die Beschlagnahme der „Schwäb. Tagwacht“ sei durchaus berechtigt gewesen und daß er alle Verdächtigungen gegen die leitenden Polizeibeamten bei näherer Nachprüfung als nichtberechtigt habe ansehn müssen. Durch die Verhältnisse werde die Regierung gezwungen, noch stärker als bisher gegen die Presse vorzugehen. Der Ton in der Presse sei so tod und rüde geworden, daß man dagegen einschreiten müsse, denn die Schlägereien, Stechereien, Versammlungsstörungen seien auch auf den Ton der Presse zurückzuführen. Die seitigen Vorkänge im Büchermuseum seien höchst bedenklich und man müsse erwägen, ob nicht auf dem Gebiet der Versammlungsfreiheit weitere Einschränkungen nötig seien, so ob man nicht um ein Versammlungsverbot herumkomme. Am Mittwoch wird die Besprechung der Großen Anfrage fortgesetzt.



Württemberg

Eine Saatschlacht in Stuttgart

Stuttgart, 16. Febr. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: In einer Versammlung der Staatspartei im Bürgermuseum, in der der Landtagsabg. Joh. Fischer sprach, ist es am Montagabend zu einer größeren Schlägerei gekommen, als die in größerer Anzahl anwesenden Nationalsozialisten während des Schlusswortes des Redners ein nationalsozialistisches Lied angestimmt hatten. Die Polizei nahm eine Reihe von Verhaftungen vor.

Ein weiterer Bericht besagt: In einer von der Deutschen demokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung sprach am Montagabend im Bürgermuseum der Landtagsabg. Joh. Fischer über: „Hitler oder Brüning-Dietrich“. Der große Saal des Bürgermuseums war schon vor Beginn der Versammlung überfüllt. Es waren auch zahlreiche Gegner anwesend, nach ihren Parteizugehörigkeiten Nationalsozialisten; auf der anderen Seite war das Reichsbanner durch eine größere Anzahl Mitglieder vertreten. Schon während der Rede des Abg. Fischer gab es viele Zwischenrufe und Unterbrechungen, der Redner konnte aber mit einiger Mühe seine Rede zu Ende führen. An der freien Aussprache beteiligten sich zwei Vertreter der NSDAP. Robann erwiderte die Versammlungsleiter, Baurat Hofacker, und trift mit, daß keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und daß Abg. Fischer das Schlusswort sprechen werde. Hierauf erhoben sich die nationalsozialistischen Mitglieder der Versammlung und stimmten ein volkstümliches Lied an. Gleich darauf entwickelte sich zwischen den Gruppen der NSDAP, und denen des Reichsbanners eine schwere Schlägerei, bei der ein großer Teil des Mobiliars in Trümmer stürzte. Die Gegner schloßen mit Stühlen wild aufeinander ein und die übrigen Versammlungsteilnehmer, deren sich eine Partie bemächtigte, drängten in ungesicherter Hast aus dem Saal. Die ganze Saaleinrichtung wurde zertrümmert. Nach wenigen Minuten erschien ein Ueberfallkommando, dessen Einzelnen die Kampfgruppen bald auseinander brachten. Es gab viele Verletzte, die Polizei mußte auch mit dem Gummirollen die angrenzenden Straßen säubern.

Eine neue Benachteiligung Württembergs?

Stuttgart, 15. Febr. Oberrentenrat Dr. Duns-Stuttgart schreibt in der Württ. Wirtschafts-Zeitung, dem Organ der Handelskammern, über den Anteil Württembergs an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, auch heute noch den wichtigsten Ueberweisungsposten, u. a.: Der Anteil Württembergs an den Gesamtsteuereinnahmen im Reich betrug im Rechnungsjahre 1930 bei der Einkommensteuer 4,918 Prozent, bei der Körperschaftsteuer 3,885 Prozent, in der 1. Hälfte des Rechnungsjahres 1931 bei der Einkommensteuer 4,230 Prozent, bei der Körperschaftsteuer 4,736 Prozent. Nach diesen Zahlen, insbesondere für das Rechnungsjahr 1931, in dem schon die Veranlagungsbeschlüsse von 1930 zum Ausdruck kommen, wäre für Württemberg eine wesentliche Verbesserung seines schließlichen Anteils zu erwarten. Diese Hoffnungen sind durch eine Besetzung des Reichsfinanzministeriums sich zerstreut worden, wonach die Aufteilung eines neuen Verteilungsschlüssels auf der Grundlage von 1931 unterbleiben und die bisherigen Schlüssel unverändert weiterzuleben sollen. Es soll also weiterhin der Zustand fortbestehen, daß die Reichsteuerverweisungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwar grundsätzlich nach dem tatsächlichen Einkommen verteilt werden, aber nach dem Einkommen eines ländervergnügens Jahres, so daß Württemberg weit mehr Steuern aufbringt als seinem Anteil an den Ueberweisungen entspricht. Württemberg erhält also darnach auch künftig an den Einkommen- und Körperschaftsteuerverweisungen nicht mehr als Vönd mit großer Arbeitslosigkeit, zum Teil sogar erheblich weniger als diese Länder, ja sogar weniger als seinem Anteil an der Bevölkerung des Reiches entspricht, geht aber andererseits bei der Verteilung der Reichsmittel für die Erwerbslosenfürsorge, die sich auf mehrere hundert Millionen belaufen, nahezu völlig leer aus. Württemberg nimmt infolge seiner Wirtschaftsstruktur und wohl auch infolge der im allgemeinen vorrückteren Wirtschaftslage an dem Aufstieg in guten Jahren wie an dem Abstieg in schlechten Jahren nicht in vollem Ausmaß teil. Es geht daher nicht an den württ. Anteil an den Reichsteuerverweisungen auf Dauer nach dem zufälligen Ergebnis eines Jahres zu bemessen, in dem Württemberg verhältnismäßig zurückbleibt. Im gemeinsamen Interesse des ganzen Landes muß dagegen einmütige Stellung genommen und eine angemessene Berücksichtigung der württ. Verhältnisse gefordert werden.

Sorgen der württ. Amtsdörperschaften

Stuttgart, 16. Febr. In einer Ausschüßsitzung des Landesverbandes württ. Amtsdörperschaften wurde die Befassung der Amtsdörperschaften durch das Gemeindefürsorgegesetz in der Krisenill-sorge und die dadurch hervorgerufene Verschlechterung der Finanzlage in der Mehrzahl der Amtsdörperschaften wiederholt eingehend besprochen. Man beschloß, beim Staatspräsidenten um eine Besprechung nachzusuchen mit dem Ziel, in ihr die finanzielle Notlage der Amtsdörperschaften und die Notwendigkeit einer staatlichen Unterstützung zu den Maßnahmen auf das Gemeindefürsorgegesetz zu bringen. Für den 6. u. 7. d. d. württ. Regierung zu einer Ablehnung des Gesuchs um staatliche Unterstützung der Amtsdörperschaften kommen sollte, soll eine besondere Eingabe an den Finanzminister des Württ. Landtags gerichtet werden. Das württ. Wirtschaftsministerium wurde erneut gebeten, im Interesse einer Entlastung der Amtsdörperschaften und einer allgemeinen Senkung des Krisenunterstützungsaufwands die Verordnung vom 29. September 1927 abzuändern. Das Württ. Innenministerium hatte eine Kürzung der Privatdozenten der Ärzte in den württ. Krankenhäusern angeordnet. Die Durchführung dieser Kürzung hat nun landauf landab zu Widerständen der betroffenen Ärzte geführt. Der Württ. Staatsrat hat beim Württ. Innenministerium beantragt, für die vom Landesärztesverband nicht übernommenen Drittklassen für den Betrieb der Obdachlosenheime eine gezielte Regelung vorzunehmen, wie sie durch das Gesetz vom 27. Dezember 1923 für die Wanderarbeitstätten getroffen ist. Der schäftsleitende Ausschuss beschloß, sich nachdrücklich gegen jede Befassung der Amtsdörperschaften auszusprechen. Er ist wiederholt beim Innenministerium wegen einer Senkung der Vergütungssätze in den staatlichen Verkaufsstellen vorstellig geworden. Das Württ. Innenministerium hat mitgeteilt, daß es beabsichtigt, in einem Erlaß an die Oberämter anzuordnen, daß vollbeschäftigte Beamte und andere vollbeschäftigte Festbesoldete, die Mitglieder der Amtsdörperschaften, des Bezirksvereins, eines Ausschusses oder einer Kommission sind, keinen Anspruch auf Tansenz haben sollen.

Ein Stuttgarter bei Steinhilb tödlich verunglückt

Reuthe, 15. Febr. Ein Reutheaner, in dem sich Versicherungsdirektor Stähler aus Stuttgart und der Oberinspektor Köhler aus Dorneln befanden, durchlief auf dem Bahnübergang Groß-Stretlin-Dorneln und Fabrikstraße Groß-Stretlin-Dorneln die Schranken. Der Wagen blieb auf den Gleisen stehen und wurde von einem Personenzug erfasst. Versicherungsdirektor Stähler hätte bei dem Unglück ein Bein verletzt, sein Mitfahrer wurde schwer verletzt. Bei dem Unglück handelt es sich um Herrn Erwin Stähler vom der Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG.

Aus Baden

Horsheim, 15. Februar. (Passiver Widerstand gegen eine Zwangsversteigerung.) In Schellbronn sollte am Samstagvormittag bei einem hiesigen Bürger zwangsversteigert werden. Dieser hatte einen Prozeß wegen eines Pferdes wiederholt verloren. Als nun der Gerichtsvollzieher erschien, sammelte sich eine große Menschenmenge an. Der Gerichtsvollzieher hat einige Leute, ein einjähriges Kind vom Stall auf den Versteigerungspfad zu bringen, was aber niemand tat. Auch der Polizeidiener verweigerte diesen Dienst und entschuldigte sich damit, daß er einen kranken Finger habe und zu alt sei. Da der Vollzugsbeamte großen Anstrengungen ausgesetzt war und auch verbotliche Drohungen zu hören waren, entsetzte er sich.

Singen a. S., 15. Februar. Auf dem Transport auf den Schweinemarkt in Tengen waren einem Landwirt zwei in Risten untergebrachte Ferkel verloren.

Die Milchhändler beim badischen Preiswärt

Von der Pressestelle beim badischen Staatsministerium wird mitgeteilt: Im badischen Statistischen Landesamt, das mit der Preisüberwachung in Baden beauftragt ist, fand am Donnerstag eine Besprechung über den Milchpreis mit der Vertretung des zusammengeeschlossenen Milchhandels statt. Erschienen waren sowohl Vertreter des Landesverbandes wie der örtlichen Vereinigungen.

Der Direktor des Statistischen Landesamts gab nach kurzer Darstellung seiner Befugnisse einen Ueberblick über die Maßnahmen, die vom Statistischen Landesamt zur Ueberwachung des Milchpreises getroffen sind. Es ist der Milchpreis, also der Milchpreis auf dem Markt, in ganz Baden festgesetzt worden. Zu diesem Zweck sind an rund 1600 badische Gemeinden Fragebogen herausgegeben. Diese Erhebungen wurden in wenigen Tagen abgeschlossen. Das gleiche gilt von einer Rundfrage an eine Reihe badischer Milchzentralen über die Veränderung u. a. die der Milchpreis durch die Verarbeitung, Veränderung, das Pasteurisieren und die Verarbeitung zu Butter und Käse usw. erfährt. In diesen Feststellungen über die Zusammenfassung des Milchpreises in den einzelnen Teilen des Landes gehört auch die Milchhändlerpanne. Sie bewegt sich in Baden zwischen 4,75 und 5,50 Pfennig für den Liter. Das ist also der Betrag, den der Milchhändler erhält, der die ihm von der Milchzentrale zugestellte Milch täglich dem Verbraucher ins Haus bringt oder, wie in Mannheim, in nach besonderen Vorschriften eingerichteten Läden verkauft.

Die Vertreter des Milchhandels gaben eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen Lage des zusammengeeschlossenen Milchhandels und der an ihn gestellten Aufgaben und Verpflichtungen; zugleich wiesen sie auf die Wichtigkeit eines einheitlichen und zuverlässigen Milchhändlerstandes hin. In dreistündiger Sitzung wurden alle Fragen der Gestaltung des Milchpreises, soweit sie den Milchhandel betreffen, durchgesprochen, darunter auch die Milchlieferung der Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger. Der Direktor des Statistischen Landesamts richtete am Schluss der Sitzung an die Vertreter des Milchhandels des Erlandes, nach Abschluss der notwendigen Erhebungen über den Milchpreis sich in weiterer Verhandlung zur Verfügung zu stellen.

Ueber Änderungen im Milchpreis wurde also offenbar nichts beschlossen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die „Rote Fahne“ verboten. Der Polizeipräsident von Berlin hat mit Wirkung ab sofort die „Rote Fahne“ mit Kopfschaltern bis zum 29. Februar 1932 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten.

Ueber 6000 Gastwirte im Bierstreit. Der Bierstreit greift, nachdem er seit Samstag in Groß-Hamburg fast sämtliche Gastwirte erfasst hat, jetzt auch auf die weitere Umgebung über. Die Streikleitung des Zentralverbandes der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg gibt die Zahl der streikenden Gastwirte mit rund 6000 an. Der Brauereiverband für wirtschaftliche Interessen von Hamburg und Umgebung lenkte in einem Telegramm an den Reichsfinanzminister dessen Aufmerksamkeit auf den spontan ausgebrochenen Hamburger Bierstreit, der nur der Ueberlieferung des Bieres zu verdanken sei. Die durch Nichtlieferung der Bierlieferanten und trotzdem erzwungene Preisüberhöhung eingetretene Situation sei unhaltbar und schädige die Beteiligten auf das Schwerste.

Verhaftung des indischen Kongresspräsidenten. Sardar Sardul Singh, der Präsident des allindischen Kongresses, ist auf dem Wege nach Peshawar auf der Station Chandara verhaftet worden. Er wurde nach Lahore zurückgebracht und hier der Polizei unterstellt.

Die Kirche unter der Lawine. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in Slowonien. Die Kirche des Dorfes Ur wurde in dem Augenblick von einer Schneelawine verdrückt, als in ihr das halbe Dorf versammelt war, um der Einsegnung eines Verstorbenen beizuwohnen. Die starken Lawern hielten dem Druck der Schneemassen stand. Die Besucher konnten nach zehnjähriger Arbeit durch den anderen Teil der Einwohnerschaft wieder befreit werden.

Eine Briefmarkensammlung gestohlen. In der Nacht zum Sonntag sind Einbrecher in die Wohnung eines Berliner Geheimen Justizrats eingedrungen und erbeuteten dort wertvolle Briefmarken. Unter anderem sind kostbare „Dreiersachen“ gestohlen worden. Der Verlust beziffert sich auf etwa 5000 RM.

Beim Dirigieren vom Tode ereilt. Der langjährige Dirigent Kammerath der Gorchhies Liedertafel in Salzweil brach bei der Probe des Liedes „Sei getreu bis in den Tod“ plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende bereitet.

Der letzte Zeuge des Dramas von Mayerling gestorben. Der letzte Zeuge des Todesdramas des österreichischen Kronprinzen Rudolf, sein Kammerdiener Hans Volkel, ist im 87. Lebensjahre auf seinem Gut Klein-Wollersdorf bei Wien, das ihm der Kronprinz seinerzeit geschenkt hat, gestorben.

Fräulein Stabe aus Bombay ausgewiesen. Fräulein Stabe, die Tochter eines englischen Admirals und treue Anhängerin Gandhi, den sie bei seinen letzten europäischen Reisen begleitet, wurde durch die Polizeibehörde gebeten, Bombay binnen 24 Stunden zu verlassen.

Brand auf der „Friesland“. Die Hamburg-Amerika-Linie teilte mit: In Bord des Motorsschiffes „Friesland“ der Hamburg-Amerika-Linie brach unmittelbar nach Verlassen des Hamburger Hafens im Maschinenraum ein Feuer kleineren Umfanges aus, das sofort gelöscht werden konnte. „Friesland“ kehrte in den Hafen zurück.

Aus dem Gerichtssaal

Kottswell, 16. Februar. (Die Gebrüder Schwarz.) Vor dem erweiterten Schöffengericht des Amtsgerichts Kottswell wurde unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Scholl verhandelt die Strafsache gegen 1. Friedrich Schwarz, 39 Jahre alt, verheirateter Weinhändler, 2. dessen Bruder Julius Schwarz, 36 Jahre alt, verheirateter Weinhändler, 3. Johann Lanius, 28 Jahre alt, verheirateter Buchhalter, sämtliche in Kottswell, wegen Kontursorgegen, Betrugs, Untreue und Unterschlagung, bei Lanius wegen Beihilfe zum Betrug. Der Staatsanwalt beantragte bei den beiden Brüdern Schwarz je eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und angesichts der Gemeinshaftlichkeit ihres Treibens je 3 Jahre Ehrverlust, bei Lanius eine Geldstrafe von 300 Mark. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung. Das Urteil lautete: Die beiden Brüder Schwarz werden je wegen Kontursorgegen, unter Verlesung mildernder Umstände, je an Stelle einer an sich zu erwartenden Gefängnisstrafe von zweieinhalb Monaten zu der Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt, im übrigen freigesprochen; der Angeklagte Lanius wird freigesprochen.

Aburteilung der Bankrottverurtheilten von Endersbach

Cannstatt, 16. Febr. Am 17. Dezember 1931, abends gegen 5 Uhr betreten zwei Männer mit geschwungenen Gewehren und vorgehaltenen Revolvern die Oberamtsparfüse in Endersbach. Während der eine den zwei anwesenden Bankbeamten parolierte: „Machen Sie keine Umstände und geben Sie das Geld, es geht klar zu“, schloß der andere die Koffern ab und raubte 2155 RM mit dem Motorrad, wie sie gekommen waren, luden sie wieder davon Unterwegs wurden sie von einem dritten Komplizen erwartet der ihre Verfolgung fordern sollte. Einer der Bankbeamten hatte sich aber die Nummer des Motorrades gemerkt und so konnten zwei der Täter noch an demselben Tage verhaftet werden, während der dritte flüchtig ging. Nun hatten sich der 26 Jahre alte ledige Elektromechaniker Max Haag von Winnenden und der 28 Jahre alte ledige Kaufmann Oskar Schale von Schönaich (Baden), zuletzt ebenfalls in Winnenden wohnhaft, wegen schweren Raubes vor dem erweiterten Schöffengericht Cannstatt zu verantworten. Die beiden Angeklagten behaupteten schon seit längerer Zeit einen Raubüberfall und fanden in dem flüchtig gegangenen Chauffeur Störzer einen Gleichgesinnten. Haag und Störzer luden mit dem Motorrad in ganz Württemberg umher und ludeten Banken und Finanzämter aus, um sich über die Möglichkeit eines Ueberfalls zu orientieren. Schließlich entschlossen sie sich für die Oberamtsparfüse in Endersbach, wo Haag und Schale zuerst das Terrain sondierten und dort Tage später Störzer und Haag den Einbruch vornahmen, während Schale mit seinem Kofferwagen eine eventuelle Verfolgung vereiteln sollte. Das Geld wurde bis auf etwa 900 RM wieder beigebracht. Der Staatsanwalt beantragte die beiden Angeklagten mildernde Umstände und beantragte eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren und einem Monat. Das erweiterte Schöffengericht Cannstatt kam bei Schale zu der Gefängnisstrafe von vier Jahren und vier Monaten und bei Haag zu vier Jahren und einem Monat.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Stand der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches. Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums am 31. Januar 1931 1838,8 Millionen RM, am 31. Dezember 1931 1912,6 Millionen RM.

WETTEN

Berliner Produktentörse vom 16. Febr. Weizen märk. 246 bis 248, Roggen märk. 196-198, Braugerste 162-169, Futter- und Industrieernte 151-168, Hafer märk. 141-151, Weizenmehl 29,75-30,75, Roggenmehl 27,85-29,50, Weizenkeile 9,60-9,90, Vitoriaerbsen 21-27,50, u. Spalterbsen 21-23,50, Futtererbsen 15-17, Allgemeine Tendenz: uneinheitlich.

Fruchtversteigerung in Württemberg: Weizen 12-12,20, Roggen 11 bis 11,10, Gerste 9,10-9,40, Dinkel 7,35-7,70, u. Weizen- u. Weizenmehl: Keinen 13, Weizen 11,70, Gerste 8,20-8,30, Roggen 10,50, u. Ravensburg: Weizen 9,80-9,90, Weizen 11,10 bis 12,60, Roggen 10-10,50, Gerste 9,25-9,50, Dinkel 8,50 bis 8,75, u. Keulingen: Weizen 13,50, Roggen 9,50, Gerste 9-9,50, Hafer 7,60-8,50, u. u. a. u. Weizen 11,80-12,50, Dinkel 8,50-9, Saatgerste 10, Hafer 8,50-9, u. u. a. u. Weizen 12,50-12,70, Roggen 11,50-11,60, Gerste 9-9,20, Hafer 7,70-8,60, u. a. u.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 16. Februar

Zutrieb: 36 Ochsen, 43 Bullen, 303 Jungbullen, 350 Rinder, 231 Kühe, 1350 Kälber, 2403 Schweine, 4 Schafe, Unverkauft: 35 Jungbullen, 25 Rinder, 2 Kühe, 103 Kälber. Ochsen: ausgem. 28-32 (una.), volll. 24-27 (una.), fl. 20 bis 23 (una.). Bullen: ausgem. 24-26 (23-25), volll. 22-23 (21-22), fl. 19-21 (una.). Jungbullen: ausgem. 33-35 (una.), volll. 26-31 (una.), fl. 21-24 (una.). Kühe: ausgem. 22-26 (una.), volll. 17-20 (una.), fl. 12 bis 15 (una.), ger. 9-11 (una.). Kälber: kleinste Maß, und beste Soust. 35-38 (una.), mittl. 32-34 (30-33), ger. 28-30 (26-28). Schweine: von 240-300 Pfd. 42-44 (42), von 260-310 Pfd. 41-43 (41-42), von 160-200 Pfd. 39-40 (una.), von 120 bis 160 und unter 120 Pfd. 37-38 (36-37), Sauen 26-32, Schafel: Großvieh mährl. Ueberstand; Kälber und Schweine mährl. Württembergischer Schlachtviehmarkt vom 15. Februar. Aufgetrieben waren 448 Tiere und zwar: 2 Ochsen, 7 Kühe, 47 Rinder, 16 Färren, 54 Kälber, 2 Schafe, 320 Schweine. Marktverlauf: mährl. Ueberstand; 4 Stück Großvieh, 14 Schweine. Die Preise für ein Hund Lebendgewicht betragen: Ochsen 1. Kl. 31-32; Färren 1. 26, 2. und 3. 24-22; Kühe 1. 24, 2. und 3. 20-12; Rinder 1. 34-36, 2. 30-33; Kälber 2. 37-40, 3. 35-36; Schweine 2. und 3. 45-46, 4. 43-45.

Weidberäuber Marktbericht vom 16. Februar. Schweinemarkt: Zufuhr 46 Läufer Schweine, 36-78 Ml. pro Paar; 750 Milchschweine, 18-32 Ml. pro Paar. Handel: Kan. - Viehmarkt: 7 Ochsen, 360-495 Ml. pro Stück; 19 Stiere, 195-350 Ml. pro Stück; 67 Kühe, 130-385 Ml. pro Stück; 45 Kalbweib, 200-305 Ml. pro Stück; 97 Einjährliche, 60-200 Ml. pro Stück. Handel gedrückt.

Stuttgarter Bunte, und Auktion vom 16. Februar. An der heutigen Bunte- und Auktion wurden für das Württ. Auktionsamt folgende Preise erzielt: Kubhäute 30-49 Pfd. 27 bis 29, 50-59 Pfd. 32,5-34,5, 60-79 Pfd. 41-43,5, 80-99 Pfd. 37 Pfa.; Ochsenhäute 50-59 Pfd. 37, 60-79 Pfd. 41-43,5, 80 bis 99 Pfd. 39-42,5, 100 und mehr Pfd. 38-41 Pfa.; Kinderhäute bis 29 Pfd. 41,75, 30-49 Pfd. 36-38, 50-59 Pfd. 44-47, 60-79 Pfd. 45-48, 80 und mehr Pfd. 45 Pfa.; Bullenhäute 30 bis 49 Pfd. 25, 50-59 Pfd. 26-28, 60-79 Pfd. 30-33, 80 bis 99 Pfd. 26,25-28,75, 100 und mehr Pfd. 29 Pfa.; Schauhäute 23 Pfa.; Kalbfelle bis 9 Pfd. 59-62, 9,1-15 Pfd. 52-55, 15,1 bis 20,1 und mehr Pfd. 44 Pfa.; Schafsalbfelle 34,25 Pfa.; Treiberfelle bis 20 und 20 und mehr Pfd. 24,5 Pfa.; Schafstrieber 15 Pfa.; Schafsfelle vollwollig 23-26 Pfa. Tendenz: Teils leichte Aufschübe, teils darunter. Nächste Börsen 15. März.

Wahrscheinliches Wetter für Donnerstag

Von Nordwesten dringen mildere Luftmassen nach dem Festland. Für Donnerstag ist mäßig kaltes, zeitweilig bedecktes, auch zu leichteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

**Umtliche Bekanntmachungen
Verkehr mit Milch.**

Durch das Milchgesetz vom 31. Juli 1930 in Verbindung mit den Ausführungsvoorschriften hierzu ist mit Wirkung vom 1. Jan. 1932 an u. a. folgendes bestimmt:

1. dem Gesetz unterliegt nur der Verkehr mit Kuhmilch und aus Kuhmilch gewonnenen Erzeugnissen. Der Fettgehalt der Milch muß mindestens 3,4 v. Hundert betragen (ein Mindestfettgehalt, der im allg. von unserem einheimischen Vieh ohne weiteres erreicht wird). Milch mit geringertem Fettgehalt ist fettärmere Milch und als solche zu bezeichnen. Diese Vorschrift gilt nicht für Milch, die

- a) von Erzeugerbetrieben mit bis zu 5 milchgebenden Kühen unmittelbar an den Verbraucher abgegeben wird, wenn der Fettgehalt von 3,4 v. Hundert nur übergehend um nicht mehr als 0,4 v. H. unterschritten wird;
- b) an Sammelbetriebe geliefert und dort durch Vermischen mit Vollmilch auf den Mindestgehalt gebracht wird.

2. Gesundheitsvorschriften: Personen, die an ansteckender Krankheit leiden oder Erreger von Typhus, Paratyphus oder Ruhr dauernd oder zeitweilig ausscheiden, dürfen weder bei der Milchgewinnung noch sonst im Milchverkehr in der Weise tätig sein, die die Gefahr der Übertragung der Krankheitserreger mit sich bringt. Milch von Kühen, deren Gesundheitszustand die Beschaffenheit der Milch nachteilig beeinflussen kann, darf weder als solche in Verkehr gebracht noch zu Milchzeugnissen oder andern Lebensmitteln verwendet werden.

Ställe. Die Errichtung neuer Tiefstallungen für Milchläche ist unzulässig. Die vorhandenen Ställe sollen möglichst hell und gut lüftbar sein, ihre Gänge müssen so beschaffen sein, daß der Fußboden und die Jauchereihen leicht gereinigt werden können, auch solle die Jauche leicht abfließen können, endlich dürfen die Ställe nicht in unmittelbarer Verbindung mit Aborten stehen. Die Ställe müssen diesen Mindestanforderungen bis zum 31. Dez. 1932 entsprechen.

Für neu einzurichtende Stallungen gelten noch strengere Anforderungen. Die Stallwände müssen, soweit sie nicht abwaschbar sind, Kalkanstrich haben, der jährlich mindestens einmal zu erneuern ist.

Das Reinigen des Stalls, die Entfernung des Dungs, die Erneuerung der Streu und das Putzen der Kühe muß regelmäßig erfolgen.

Alle Stallarbeiten sind so vorzunehmen, daß die Milch weder durch Staub, Schmutz, Gerüche oder Krankheitserreger nachteilig beeinflusst wird. Bett- und Packstroh darf als Streu nicht verwendet werden.

Melken. Vor dem Melken sind das Euter und seine Umgebung sorgfältig zu reinigen. Die Melkpersonen haben beim Melken saubere waschbare Oberkleidung zu tragen. Sie haben sich vor dem Melken Hände und Unterarme mit Wasser und Seife zu reinigen und dies nach Bedarf während des Melkens zu wiederholen. Die Melkpersonen haben trocken zu melken, leichtes Einreiben der Hände mit geruchlosem Seifenpulver oder einem gleichwertigen Stoff ist zulässig. Die ersten Strahlen aus jeder Zitze müssen in ein besonderes Gefäß gemolken werden, diese besonders gewonnene Milch darf als Lebensmittel nicht in Verkehr gebracht werden und soll als Futtermittel für Tiere nur nach ausreichender Erhitzung Verwendung finden. Die Melkpersonen haben sich bei Beginn des Melkens durch Prüfen des Aussehens von der einwandfreien Beschaffenheit der Milch zu überzeugen. Kühe, die keine einwandfreie Milch ergeben, sind gesondert und nach den anderen zu melken.

Die Milch ist unmittelbar nach dem Melken aus dem Stall zu entfernen und zweckdienlich zu feihen, zu lüften und zu kühlen. Letzteres ist noch notwendig, wenn die Milch im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb verwendet oder verarbeitet wird oder wenn sie unmittelbar nach der Gewinnung an Sammel- oder Verarbeitungsbetriebe geliefert wird, die sich im gleichen Ort befinden.

Letzte Nachrichten

N.S.D.A.P. erscheint wieder im Reichstag

Berlin, 16. Februar. Wie der „Angriff“ berichtet, wird die Fraktion der N.S.D.A.P. am 23. Februar geschlossen an der Sitzung des Reichstags teilnehmen und auch weiterhin solange, als es ihr zur Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheint.

Politische Zusammenkünfte in Düsseldorf — Parteihaus der Kommunistischen Partei polizeilich besetzt

Düsseldorf, 17. Februar. Die Kommunisten versuchten gestern gegen die hier abgehaltenen Hitlerkundgebungen zu demonstrieren, wobei es zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten kam. Einige Beteiligte erhielten Stich- und Schußverletzungen. Die Polizei nahm rund hundert Personen fest. Das Parteihaus der Kommunisten wurde vorübergehend polizeilich besetzt.

Einbrüche bei der amerikanischen Delegation in Genf

Genf, 16. Februar. Zu Gerüchten über Einbrüche bei der amerikanischen Delegation wird von amerikanischer Seite mitgeteilt: Am 2., 3. und 4. Februar erfolgten nachts Einbrüche, zuerst bei Gibson, dann bei Senator Swanson und schließlich bei dem Presseattaché. In allen Fällen wurden die Koffer offenbar nach politischen Dokumenten durchsucht. Entwendet wurde nichts. Jergendwelche wichtigen

Bei Aufbewahrung und Beförderung der Milch ist deren Schädigung möglichst zu vermeiden. Die Milch soll insbesondere keiner nachteiligen Beeinflussung durch Staub, Schmutz aller Art, Gerüche oder Krankheitserreger oder durch die Bitterung ausgesetzt werden. Die Aufbewahrungsräume dürfen zum Beispiel nicht mit Aborten oder Ställen in unmittelbarer Verbindung stehen, auch dürfen darin Haustiere nicht gehalten werden.

Geräte aus Holz zum Mischen von Trinkmilch und Holzgefäße, die sich zur Aufbewahrung und Beförderung von Milch im Gebrauch befinden, dürfen nur bis zum 31. Dezember 1932 verwendet werden.

3. Abgabe von Milch. Grundsätzlich bedarf jeder, der ein Unternehmen zur Abgabe von Milch betreiben will oder Milch verkauft, der Erlaubnis des Gemeinderats, der für den Sitz des Unternehmens zuständig ist. Dies gilt ausnahmslos für den Milchhändler.

Der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs bedarf der Erlaubnis, wenn er entweder

die darin gewonnene Milch außerhalb der landw. Betriebsstätte unmittelbar an den Verbraucher abgibt und die so abgegebene Menge regelmäßig 30 Liter täglich übersteigt oder

neben der in seinem Betrieb gewonnenen Milch gewerbmäßig Milch für andere verkauft oder zur Abgabe an andere zukauf.

Dagegen bedarf der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs keiner Erlaubnis, wenn er entweder

die darin gewonnene Milch innerhalb der landw. Betriebsstätte an den Verbraucher abgibt oder sie zwar außerhalb der landw. Betriebsstätte an den Verbraucher abgibt, aber in Tagesmengen von höchstens 30 Liter insgesamt.

Keiner Erlaubnis bedürfen ferner Wirte, soweit sie innerhalb des ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetriebs Milch abgeben. Dasselbe gilt, wenn Milch in Kantinen, Milchhäuschen oder sonst zum Genuß an Ort und Stelle abgegeben wird.

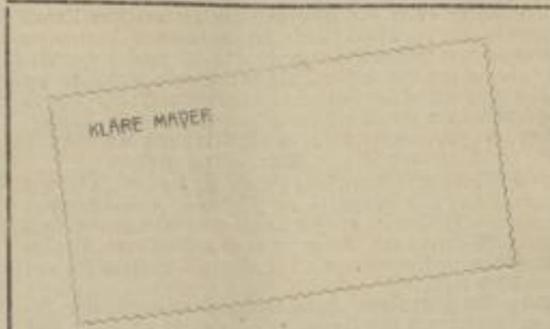
Die Milchhandelserlaubnis darf nur an zuverlässige sachkundige Personen, deren Betriebe mit den nötigen Einrichtungen versehen sind, erteilt werden. Für den Milchhändler ist außerdem der Nachweis erforderlich, daß er eine vom Gemeinderat festzusetzende Mindestmenge in den Verkehr bringt.

Die Inhaber erlaubnispflichtiger Unternehmen, die am 1. Januar 1932 bereits bestanden, gelten bis zum 1. April 1932 als widerruflich zugelassen. Wird innerhalb dieser Frist die Erlaubnis beantragt, so erlischt die widerrufliche Zulassung erst mit der endgültigen Entscheidung über diesen Antrag.

4. Wer vorzüglich oder fahrlässig ohne die erforderliche Erlaubnis ein Unternehmen zur Milchabgabe betreibt, macht sich strafbar.

Nagold, den 13. Febr. 1932.

Oberamt: Baitinger.



EIN SCHÖNES GESCHENK

für Konfirmanden sind Visitenkärtchen 50 Stück je nach Qualität von 2 RM. an in der Buchdruckerei Lauk in Altensteig. Telefon 11.

Dokumente sind den Tätern nicht zu Gesicht gekommen, da alles politisch Bedeutsame, auch der Telegrammschlüssel, in Säfen sicher verwahrt ist.

Sieben Eskimodörfer durch Sturmfluten vernichtet

Rome (Alaska), 15. Februar. Erst jetzt wird bekannt, daß kurz vor Weihnachten sieben Eskimodörfer auf der Nelson-Inselgruppe im Beringsmeer durch Sturmfluten völlig vernichtet wurden. Bei dieser Katastrophe dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach keiner ihrer Einwohner mit dem Leben davongekommen sein. Walfischjäger, die die Nachricht hierherbrachten, berichten, sie hätten zahlreiche Leichen von Eis umschlossen gefunden. Die Sturmfluten haben übrigens die ganze Inselwelt zwischen der Kuskokwin-Bucht und dem Cap Romanzof heimgesucht.

Ein Wurf blinde Ferkel

Strehlen (Schlesien), 16. Februar. In Ottwitz war eine Sau 15 Ferkel, die sämtlich blind waren, davon einige mit ganz leeren Augenhöhlen. Von dem Wurf blieben nur sechs Tiere am Leben, die trotz ihrer Blindheit gut gedeihen.

Gestorben

Unterriedenbach: Karl Beh, Sägemerksbesitzer, 56 J.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laub. Druck und Verlag der B. Kleber'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Ottelfingen O.A. Freudenstadt.

In der Zwangsversteigerung gegen

Konrad Röcher, Baumeister in Reutlingen

findet der auf

Samstag, den 12. März 1932, vormittags 10 Uhr auf das Rathaus in Ottelfingen bestimmte Versteigerungstermin von Geb. Nr. 84 und Parz. Nr. 77

nicht statt.

Pfalzgrafenweiler, den 16. Februar 1932.

Kommissär:
Bezirksnotar Heide.

**Einladung zur Generalversammlung
des Bez.-Obstbauvereins Nagold**

am Sonntag, den 21. Februar 1932, nachmittags 1/2 2 Uhr im „Hirsch“ in Haiterbach.

- Tages-D.angung:**
1. Jahres- und Kassenbericht.
 2. Bericht über die Landesversammlung in Stuttgart.
 3. Vertragsänderung.
 4. Vortrag von Obstbauinsp. Spindler vom Württ. Obstbau-Verein über: „Sortenwahl und Schädlingsbekämpfung im Obstbau“.
 5. Aussprache.

Alle Mitglieder und Freunde des Obstbaus werden herzlich eingeladen.

Vorstand: Walz.

Stiller oder tätiger

Teilhhaber gesucht

Tierfreund, für rentable, edle Tierzucht.
Angebote unter Nr. 239 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altenst.ig.

Ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Haus und kleinere Landwirtschaft auf 15. März gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Eigenhausen.

Ein 1/2 jähriges



Rind

unter zwei d'e Wahl, sowie

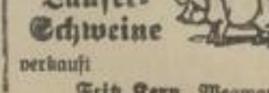
2 Läufer Schweine

verkauft

Hammer b. Rothaus.

Simmersfeld.

Wer schöne



Läufer Schweine

verkauft

Frei Kern, Wegwart.

Patenbriefe

für Konfirmanden empfiehlt die Buchhandlung Lauk in Altensteig.

Erstklassiges und dures

Brennholz

buchen und tannen, hat abzugeben und steht Bestellungen entgegen

Gustav Frey
Altensteig.

Erstklassige

Neufundländer-Hündin

mit la. Stammbaum, 8 Wochen trüchtig, tief-schwarzes, 1 lter, großes und starkes Tier, verkauft preiswert

H. Raich jr.
Pfalzgrafenweiler, Tel. 61

